

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag **Haushaltsberatungen 2020**

1. Ausgangslage für die Haushaltsberatungen 2020

Die Pläne der GroKo zum Haushalt 2020 zeigen, dass die Haushaltspolitik der Regierung endgültig an ihre Grenzen stößt. Auf der Einnahmenseite klappt im Vergleich zur Steuerschätzung im Oktober 2018 ein Loch von über 70 Milliarden Euro. Nun werden die Folgen der übermäßigen Geschenke und finanziellen Versprechen der GroKo offenkundig, die den Bundeshaushalt durch Leistungsgesetze dauerhaft strukturell belasten. Während die Streitereien innerhalb der Regierung in den „fetten Jahren“ mit Geld zugeschüttet wurden, werden nun Steuererhöhungen und eine Umgehung der Schuldenbremse zur Erhaltung der roten Null ins Spiel gebracht.

Auch die Prioritätensetzung der GroKo ist völlig fehlgeleitet. Aufgrund der Gießkannenpolitik auf Kosten aller, insbesondere im Bereich der Rente, fließen sämtliche Mehreinnahmen bis 2023 in den Etat für Arbeit und Soziales. Die Investitionsquote sinkt hingegen von Jahr zu Jahr. Deutschland ist hier OECD- und EU-weit nur Mittelmaß. Insbesondere Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung sind die großen Verlierer und müssen die Sozialausgaben quersubventionieren. So sinkt der Etat für Bildung und Forschung im kommenden Jahr um fast 70 Millionen Euro.

2. Deutschland benötigt eine haushaltspolitische Wende!

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist verfassungsrechtlich geboten. Die GroKo riskiert milliardenschwere Steuerrückzahlungen, sollte sich der Fortbestand des Solis als verfassungswidrig erweisen - wie unlängst vom Bundesrechnungshof und dem ehem. Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier prognostiziert. Auch der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen begrüßt eine Soli-Abschaffung und die damit verbundene Entlastungen von Bürger/-innen und Unternehmen, die zu einer Stärkung von Innovationen und Wachstumskräften führen. Mehr als drei Viertel der Bürger/-innen befürworten eine komplette Abschaffung des Soli. Doch die GroKo hat ihre Ausgaben nicht mehr unter Kontrolle und ist auch weiterhin auf den Soli angewiesen. Schon jetzt entnimmt sie einen überplanmäßigen Betrag aus der Asylrücklage und hofft auf nicht abfließende Investitionsmittel, um ihre teuren Vorhaben überhaupt finanzieren zu können.

Deutschland benötigt eine Wende in der Ausgabenpolitik. Es ist jetzt an der Zeit, der konjunkturellen Abschwächung entgegenzuwirken. Trotz Rekordbeschäftigung steigen die Sozialausgaben immer mehr. Es braucht ein Moratorium für zusätzliche Ausgaben mit Ausnahme von Zukunftsinvestitionen. Konsumtive Ausgaben sollen zugunsten von Bildung, Forschung, Infrastruktur und Digitalisierung zurückgefahren werden.

3. Unser Gegenmodell

Wir werden mit unserer Haushaltspolitik zeigen, dass der Bund trotz der zurückgehenden Steuermehreinnahmen über ausreichend Mittel verfügt, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und unser Land fit für die Zukunft machen zu können. Wir sind davon überzeugt, dass dies möglich ist, wenn man sich nicht in unzähligen Initiativen verzettelt und Streitigkeiten ausschließlich über zusätzliche Ausgaben löst, sondern sich auf vier wesentliche Schwerpunkte konzentriert:

1. Kluge **Investitionen** in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur
2. Die **Entlastung** der Bürgerinnen und Bürger
3. Die **Tilgung alter Schulden** zur Minimierung des Zinsrisikos
4. Die Aufstellung eines **generationengerechten** Haushalts

Um den Soli ab dem 01.01.2020 vollständig abschaffen zu können, müssen im Bundeshaushalt die entsprechenden Einnahmeausfälle in Höhe von rd. 20 Mrd. EUR dauerhaft kompensiert werden. Bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 2019 haben wir mit unseren Anträgen bereits ein **Entlastungsvolumen von rd. 14 Mrd. EUR** erreicht. In den kommenden Haushaltsberatungen werden wir darüberhinausgehende, zusätzliche Entlastungsvorschläge aufzeigen, sowie überflüssige Ausgaben und Subventionen der GroKo ablehnen, um die vollständige Soli-Abschaffung zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir gezielte und gegenfinanzierte Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur vorschlagen.

2019 haben wir trotz unserer Einsparvorschläge gezielte, gegenfinanzierte Investitionen in die Zukunft unseres Landes vorgeschlagen. Diese gliedern sich, unter anderem, wie folgt:

Ausweitung der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche	+ 181,6 Mio. EUR
Ausbau der Schifffahrt	+ 140 Mio. EUR
Exzellenzinitiative zur beruflichen Bildung	+ 100 Mio. EUR

Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und der Nachwuchsförderung	+ 50 Mio. EUR
Technologietransfer im Bereich Künstliche Intelligenz	+ 35 Mio. EUR
Förderung smarter Robotik	+ 22 Mio. EUR
Förderung der Quantentechnologie	+ 20 Mio. EUR

Tab. 1: Gegenfinanzierte Investitionen in die Zukunft Deutschlands

Darüber hinaus haben wir zum Abbau alter Schulden die vollständige **Ablösung des Investitions- und Tilgungsfonds** durch die Auflösung der nicht benötigten Asylrücklage gefordert.

Auch bei den Haushaltsberatungen 2020 werden wir uns von den folgenden Grundsätzen leiten lassen:

1. Mehrausgaben müssen im eigenen Einzelplan **gegenfinanziert** werden.
2. Bei zentralen politischen Themen können Ausgabenschwerpunkte gesetzt und diese **einzelplanübergreifend gegenfinanziert** werden.
3. Nach Abschluss der Beratungen muss in der Summe aller FDP-Anträge eine über das 2019 erreichte Entlastungsvolumen hinausgehende Einsparung stehen, um die **vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags** ab 2020 zu erreichen.

Einen Teil des Entlastungsvolumens werden wir mit den verhältnismäßig großen Anträgen zu den zentralen politischen Themen gemäß unseres Wahlprogramms bzw. unserer politischen Positionierung erreichen:

Abschmelzen des Zuschusses des Bundes in die Rentenkasse für eine Rücknahme der Rente mit 63 zugunsten unseres Modells eines flexiblen Renteneintritts	- 3 Mrd. EUR
Kürzungen im Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung	- 1,5 Mrd. EUR
Verkauf von Telekom-Aktien im Bundesbesitz in jährlichen Tranchen	- 2,3 Mrd. EUR
Vollständige Streichung des Baukindergelds	- 861,35 Mio. EUR
Weiteres Abschmelzen des GKV-Zuschusses	- 1 Mrd. EUR

Weltbeste Bildung

- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Einzelplan 17):

Wir wollen die Qualität der Leistungen des BMFSFJ verbessern, den Einsatz der Steuergelder hinsichtlich ihrer Effizienz evaluieren und zeigen, wie Bürokratiekosten durch den Einsatz digitaler Lösungen vermieden werden können. Im Vordergrund steht die Überprüfung der zahlreichen Leistungsgesetze hinsichtlich ihrer Transparenz, Verwendungszwecke und ihres Wirkungsgrads. Besonders im Fokus der Überprüfung steht für uns das Familienpflegezeitgesetz. Zudem werden wir Anträge zur Umsetzung unseres Kinderchancengeldes stellen, bei dem alle kinderbezogenen Leistungen zusammengefasst, ein eigener Rechtsanspruch des Kindes begründet und der Zugang und die Verwaltung durch digitale Vernetzung stark vereinfacht werden sollen. Um das Ehrenamt einfacher und attraktiver zu gestalten, wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um bürokratische Hürden abzubauen und eine stärkere Praxisbindung sowie ein zielgerichtetes und bedarfsorientiertes Serviceangebot zu schaffen.

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Einzelplan 30):

Wir verfolgen im Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine stärkere strategische Ausrichtung auf die Themen der Zukunft: Um die technische Ausstattung des Digitalpakts Schule sinnvoll zu nutzen, fordern wir einen Digitalpakt 2.0, um u. a. auch die Lerninhalte und -methoden zu modernisieren. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die digitale Medienkompetenz von Pädagogen, Eltern und Schülern zukunftsfähig verbessern. Des Weiteren wollen wir die MINT-Bildung in Deutschland stärken. Wir fordern die Stärkung der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens sowie den Einstieg in ein elternunabhängiges Baukasten-BAföG. Zudem wollen wir insbesondere moderne biotechnologische Verfahren und die Weiterentwicklung von Künstlicher Intelligenz in den Blick nehmen und auch die notwendige Dateninfrastruktur schaffen. Wir fordern weiterhin die Gründung einer -kostenneutralen - Deutschen Transfergemeinschaft sowie den Aufbau einer Nationalen Agentur für Wissenschaftliches Talent.

- Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Einzelplan 04 (Kap. 52)):

Im Bereich des Kulturetats wollen wir uns für eine umfassende Aufarbeitung von NS- und Kolonialer Raubkunst einsetzen. Dies umfasst vor allem die Unterstützung der staatlichen Museen bei der Digitalisierung der Bestände sowie die Schaffung effizienterer Verwaltungsstrukturen in

den Kultureinrichtungen des Bundes. Darüber hinaus wollen wir durch Investitionen der BKM in ländliche Regionen unsere kulturelle Vielfalt erhalten und ausbauen. Einen weiteren Akzent wollen wir für ein würdiges Gedenken der vielzähligen Opfer der beiden deutschen Diktaturen setzen. Darüber hinaus verstehen wir Games als Kulturgut und setzen uns für die Überführung des Gamesfonds in den Einzelplan 04 ein. Ebenfalls setzen wir uns für eine Fortführung des Konzepts der Stärkung der Deutschen Welle im Wettbewerb der Narrative ein.

Vorankommen durch eigene Leistung

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Einzelplan 09):

Im Fokus der Wirtschaftspolitik muss die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen stehen. Vor dem Hintergrund sinkender Steuereinnahmen müssen jedoch alle Fördermaßnahmen auf den Prüfstand, um entbehrliche Subventionen zu identifizieren. Hierzu zählt insbesondere auch die staatliche Förderung einer Batteriezellenproduktion in Deutschland. Der planwirtschaftliche Kohleausstieg droht zum Milliardengrab zu werden. Entschädigungen für die Abschaltung von Kohlekraftwerken, Subventionen für Ersatzkapazitäten und Strukturhilfen für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen werden den Bundeshaushalt belasten. Daher müssen die zahlreichen Förderprogramme im Bereich Energie auf ihren tatsächlichen Beitrag zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen überprüft und technologieoffen ausgestaltet werden.

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Einzelplan 11):

Der Etat von BM Heil ist mit rund 40 Prozent des Gesamtbundeshaushaltes der größte Einzelplan. Den Großteil hierbei bilden mit rund 100 Mrd. Euro die steuerfinanzierten Bundesmittel für die gesetzliche Rentenversicherung. Durch die jüngsten Rentengeschenke der GroKo, insbesondere die Mütterrente, die Manipulation der Rentenformel und die avisierte Grundrente, werden die Ausgaben zukünftig zudem unverhältnismäßig stark steigen. Das wiederum führt zu einem weiterhin stark steigendem Bundeszuschuss und wachsenden Sozialausgaben im Bundeshaushalt. Wir werden auch die weiteren Rentengeschenke der GroKo ablehnen und an deren Stelle Vorschläge unterbreiten, die zu Einsparpotenzial führen, zielgenau gegen Altersarmut helfen und die Rentenversicherung enkelfit machen.“

- Bundesministerium für Gesundheit (Einzelplan 15):

Das deutsche Gesundheitswesen ist stark reguliert. Um es effizienter zu machen, werden wir mehr wettbewerbliche Elemente einfordern. Damit können erhebliche finanzielle Reserven gehoben werden. Mit einer konsequenten Digitalisierung des Gesundheitswesens können höhere Qualität und Geschwindigkeit, aber auch Einsparungen erreicht werden. Forschungsvorhaben, die parallel auch von anderen Ressorts getragen werden, wollen wir auf den Prüfstand stellen.

Eine Besonderheit des Gesundheitsetats ist, dass er zum allergrößten Teil als Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) fließt. Allerdings beträgt der Anteil dieses Zuschusses an den Gesamteinnahmen der GKV nur ca. fünf Prozent – der Rest sind v.a. Beiträge der Versicherten. Angesichts der hohen Rücklagen der Krankenkassen und als Liquiditätsreserve im Gesundheitsfonds wollen wir aber, dass das Geld der Bürgerinnen und Bürger an diese zurückfließt. Solange die Rücklagen noch nicht abgeschmolzen sind, werden wir den Bundeszuschuss an die GKV kürzen.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Einzelplan 06):

Erforderlich ist auch, dass ausreichend Stellen vorzusehen, damit Deutschland einen seiner Größe und Interessen angemessenen Anteil des Personals der Grenzagentur Frontex stellen kann. Externe Beraterverträge sind auf notwendiges Maß zu beschränken, soweit Expertise im eigenen Haus besteht, muss diese vorrangig genutzt werden. Wir wollen uns für eine gute Ausbildung und Ausrüstung des Bundespersonals einsetzen. Dies gilt insbesondere im Bereich der IT-Sicherheit, denn die Gewährleistung der IT-Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität im Netz ist eine Kernherausforderung der Informationsgesellschaft mit höchster Priorität. Dies muss sich auch in der Ausstattung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik und des BKA niederschlagen. Auch das Dienstrecht muss entsprechend angepasst werden: Unwirksamen Zulagen zur Personalgewinnung müssen gestrichen werden, stattdessen IT-Fachkräften mit Zulagen gewonnen werden. Kleine und mittelständische Unternehmen sowie Vereine und Ehrenamtliche wurden von der Bundesregierung mit den Herausforderungen der Datenschutz-Grundverordnung allein gelassen. Ihnen könnte die Stiftung DatenschutzHilfestellung leisten; dies setzt aber eine erheblich bessere Finanzausstattung der Stiftung voraus. Die Anstrengungen zur Integration von Migranten sowie den Kampf gegen Antisemitismus wollen wir mit unseren Anträgen stärken.

Im Bereich „Bauen“ werden wir die Streichung des Baukindergeldes fordern, da es die Herausforderungen bei der Wohneigentumsbildung nicht zielgerichtet angeht, sondern nur eine neue Großsubvention darstellt. Wir halten demgegenüber einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für deutlich sinnvoller und gerechter. Zudem wollen wir ineffiziente Parallelstrukturen bei den BIM-Kompetenzzentren des Bundes auflösen und das „Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Planen und Bauen“ sowie das BIM-Kompetenzzentrum des Bundes mit dem ausgeschriebenen gemeinsamen Kompetenzzentrum des Innen- und Verkehrsministeriums zusammenzuführen. Die so gewonnenen finanziellen Freiräume sollen für ein Sonderprogramm zur Digitalisierung der Bauämter eingesetzt werden. Da die Mittel für den sozialen Wohnungsbau nachweislich nicht zielgerichtet wirken, wollen wir stattdessen andere Instrumente stärken und unter anderem das Wohngeld stärken. Statt mit Sonderabschreibung ein kurzes aber wirkungsloses Strohfeuer abzubrennen, wollen wir die lineare Abschreibung von 2 auf 3 Prozent erhöhen.

- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Einzelplan 07):

Im Etat des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz wollen wir eine stärkere Fokussierung der Arbeit auf sog. „Unmet-Legal-Needs“ richten, d.h. die Ermittlung der tatsächlichen Defizite bei der Durchsetzung des Rechts, insbesondere durch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Bundesjustizministerium soll einen solchen zukünftig gezielt ermitteln und stärker evidenzbasiert tätig werden. Dies führt nicht nur zu einer effizienteren Tätigkeit des Ministeriums, sondern ermöglicht darüber hinaus, die in den letzten Jahren - insbesondere durch den erheblichen Personalaufwuchs des Ministeriums - gestiegenen Ausgaben gezielt anzupassen. Zudem wollen wir das Patent- und Markenamt weiter stärken, damit Innovationen aus Deutschland effektiv und schnell geschützt werden können. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Finanzausstattung der neu errichteten Stiftung Forum Recht auch ausreichend groß ist, um den Aufbau an den beiden Standorten Karlsruhe und Leipzig zu gewährleisten.

Freiheit und Menschenrechte weltweit

Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit (3D - defence, development and diplomacy) investiert und damit auch seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Vorbereitet und begleitet wird dies durch Effizienzgewinne in allen drei Einzelplänen, die u.a. aus einer erheblich verbesserten Abstimmung und Vernetzung zwischen diesen Ministerien, besonders zwischen dem BMZ und dem AA, resultieren. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass

sie zeitnah die entsprechenden Maßnahmen, auch durch eine schrittweise Erhöhung der Haushaltsansätze, ergreift.

- Auswärtiges Amt (Einzelplan 05):

Beim Auswärtigen Amt wollen wir die anhaltend ernste Ausstattungskrise durch Umschichtungen aus dem internationalen Bereich des Bundeshaushalts beseitigen. Besonders die Pass- und Visastellen in Auslandsvertretungen benötigen dringend zusätzliches Personal, um Fachkräftegewinnung für Deutschland erfolgreich umsetzen zu können. Dazu sind auch Reformen bei den rechtlichen, organisatorischen und baulichen Rahmenbedingungen vonnöten, um die Verfahren entscheidend zu beschleunigen. Aber auch im politisch-diplomatischen Bereich braucht es zusätzliches Personal. Wir wollen durch die Umsetzung des GAD die Lebens- und Arbeitssituation der Beschäftigten verbessern, damit wir weiterhin die besten Mitarbeiter für unseren Auswärtigen Dienst gewinnen können. Schließlich müssen auch für die weitere Digitalisierung des Auswärtigen Amtes sowie Sicherheits- und Baumaßnahmen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern die Evaluierung der Programme des Auswärtigen Amtes durch unabhängige Stellen mit dem Ziel, die jeweiligen Politikziele effektiv und effizient erreichen zu können. Eine weitere Forderung wird die bessere Abstimmung der Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes mit dem BMZ sein, auch hier liegen noch ungehobene Synergien, vor allem an der Schnittstelle zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Darüber hinaus wollen wir die Handlungsfähigkeit von internationalen Organisationen erhöhen, indem wir eine Umschichtung von Projektmitteln hin zu flexiblen Beiträgen vornehmen. Multilateralismus, Friedenspolitik und der Schutz der Menschenrechte sind für uns klare Leitprinzipien bei der Verausgabung der Mittel, u.a. wollen wir humanitäre Experten und Menschenrechtsreferenten in selektierten Botschaften einsetzen.

- Bundesministerium der Verteidigung (Einzelplan 14):

Wir brauchen eine gut ausgestattete und einsatzfähige Bundeswehr. Das ist nur durch die lang vernachlässigte Modernisierung der Bundeswehr bei Material und Personal zu erreichen. Wir wollen die Steuergelder im Verteidigungshaushalt effizienter und nachhaltiger als bisher einsetzen. Zeitgleich müssen die Strukturen und Prozesse im Beschaffungswesen der Bundeswehr überprüft und effizienter gestaltet werden. Nur so kommt die benötigte Ausstattung zum bestmöglichen Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten zeitnah und kostengerecht bei ihnen an. Dazu wollen wir Doppelstrukturen und bürokratische Hemmnisse in Bundeswehr und Verwaltung auflösen und digitalisierte Abläufe und schlanke Organisationen unter Erhöhung der Binnentransparenz einführen.

Wir wollen, dass Deutschland seinen Zusagen und Aufgaben als zuverlässiger Partner in der NATO endlich wieder nachkommen kann. So soll 2023 eine Brigade voll einsatzbereit und zu 100% mit eigenem Material und Personal ausgestattet zur Übernahme der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF 2023) bereit stehen. Parallel zur Modernisierung und Reform der Beschaffungsprozesse soll der Verteidigungshaushalt unter der Voraussetzung langfristig sinnvoll aufwachsen können, dass der Mittelabfluss im Verantwortungsbereich des BMVgs weit effizienter, sparsamer und wirtschaftlicher als bisher erfolgt.

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Einzelplan 23):

Wir stehen für Entwicklungszusammenarbeit, bei der Wirksamkeit die wichtigste Rolle spielt: Die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit müssen an den Stellen und in dem Umfang eingesetzt werden, wo konkrete Bedarfe bestehen und nachhaltige Wirkung erzielt werden kann. Derzeit sind fünfzehn Ressorts in der EZ tätig, neben dem BMZ insbesondere das Auswärtige Amt und das Bundesumweltministerium. Dies führt zu Doppelstrukturen und Ineffizienzen, die wir abbauen wollen. Innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des BMZ zeigen vor allem die Sonderinitiativen zahlreiche Überschneidungen auf, sowohl untereinander als auch mit der regulären bilateralen EZ. Wir wollen die Sonderinitiativen daher schrittweise auflösen. Die frei werdenden Mittel wollen wir teilweise in die bilaterale und multilaterale EZ umschichten sowie im Sinne des Vernetzten Ansatzes Mehrausgaben im Einzelplan 05 decken. Wir halten weiterhin an der verstärkten Unterstützung multilateraler Organisationen fest, vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung. Im Klimabereich muss die deutsche EZ verstärkt auf Maßnahmen wie Aufforstung und Schutz der Wälder setzen, aber auch neue Technologien und Ansätze fördern, wie die Weiterentwicklung und Nutzung von E-Fuels. Unsere Forderung nach einer unabhängigen und wirkungsorientierten Evaluierung der EZ erneuern wir.

Politik, die rechnen kann

- Bundesministerium der Finanzen (Einzelplan 08):

Unsere Vorschläge für notwendige und wichtige Entlastungen der Bürgerinnen und Bürgern sind bei den anstehenden Haushaltsberatungen weiterhin zentral. Im Etat des Bundesfinanzministers ist zudem die Personalsituation der Behörden ein wichtiger Ansatzpunkt. Notwendig sind daher Vorschläge zur Verbesserung der Ausbildungssituation anhand höherer Kapazitäten, um offene Stellen in der Zollverwaltung in Zukunft besser besetzen zu können. Mit Vorschlägen zur Digitalisierung der Verwaltung sollen zudem Synergien und Chancen im Etat offengelegt werden.

Ein unkomplizierter Staat

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Einzelplan 10):

Im Bereich Landwirtschaft und Ernährung wollen wir die mittlerweile verstetigten Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung drastisch reduzieren. Sie sind kein wirksames Mittel zur Entlastung der Landwirtschaft in Tiefpreisphasen, wofür sie 2015 in der Milchmarktkrise ursprünglich geschaffen wurden. Damit Land- und Forstwirte auch in Krisensituationen Herr ihrer Lage bleiben, bedarf es stattdessen steuerlicher Anpassungen, die zu einer eigenverantwortlichen Risikoversicherung motivieren. Bei teuren und in ihrer Effektivität zweifelhaften Informationskampagnen, wie beispielsweise bei der Einführung eines staatlichen Tierwohllabels, sind massive Einschnitte notwendig. Besonders im Hinblick auf die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz wollen wir den Haushalt auf Doppelstrukturen überprüfen. Ideologisch motivierte Förderungen des Ökolandbaus lehnen wir ab. Wir fordern bei den entsprechenden Haushaltstiteln einen geordneten Rückzug, indem keine neuen Projekte mehr zugesagt werden. Neue Schwerpunkte sehen wir stattdessen in der Digitalisierung der Landwirtschaft, insbesondere im infrastrukturellen Bereich. Zudem wollen wir Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu neuen Züchtungsmethoden angemessen unterstützen und Zulassungszeiten von innovativen Pflanzenschutzmitteln verkürzen. Weiterhin wollen wir im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz durch entsprechende Umschichtungen darauf hinwirken, dass der klimaplastische Waldumbau durch Aufforstungsprogramme finanziell unterstützt wird, um die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit der forstlichen Produktion sicherzustellen.

- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Einzelplan 12):

Wir wollen die Planung und den Bau beschleunigen, um Verkehrsprojekte schneller umzusetzen. Wir werden Vorschläge für eine intelligente Umschichtung der Haushaltsmittel hin zu zukunftsfähigen Investitionen machen. Neben der Prämisse „Erhalt vor Neubau“ müssen Projekte mit besonders hoher Wirtschaftlichkeit dabei prioritär behandelt werden. Vor allem der Investitionsbedarf bei der Schiene ist weitaus höher als bisher veranschlagt. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs zu stärken, werden wir in den kommenden Jahren mehr in das Schienennetz investieren müssen. Dazu wird mittelfristig ein weiterer Aufwuchs an Haushaltsmitteln notwendig sein. Voraussetzung ist jedoch eine strikte Fokussierung der Bahn auf das Kerngeschäft und eine ergebnisoffene Prüfung der Organisationsform der Leistungserbringung. Insbesondere die umfassende Leistungssteigerung und Digitalisierung muss weiter im Fokus

stehen, um die Infrastruktur aller Verkehrsträger fit für die Zukunft zu machen. Dazu müssen vor allem die Investitionen in einen flächendeckenden Glasfaserausbau effektiver gestaltet werden. Förderprogramme und Investitionszuschüsse wollen wir auf ihre Zielgenauigkeit evaluieren und entsprechend der Ergebnisse anpassen. Synergien sollen durch die Beseitigung von Doppelstrukturen und Zusammenlegung von Verwaltungstätigkeiten gehoben werden.

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Einzelplan 16)
 - Energie- und Klimafonds (Einzelplan 60 (Kap. 92)):

Wir fordern die Ausweitung des EU-Zertifikatehandels gemäß Art. 24 der Emissionshandelsrichtlinie auf den Verkehrs- und Gebäude-/Wärmesektor. Die zusätzlichen Einnahmen durch die somit vergrößerte Zertifikatsmenge sowie steigende Preise durch kontinuierliche Verknappung der Zertifikate sollen den Bundeszuschuss in den Energie- und Klimafonds (EKF) ersetzen. Ein Großteil der EKF-Mittel soll unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsklarheit in die am EKF beteiligten Ressorthaushalte rückstrukturiert werden. Projekte und Programme aus dem EKF sollen nur noch in Höhe der Einnahmen aus dem Emissionshandel getätigt werden können, wie bei Einführung des Sondervermögens ursprünglich auch vorgesehen, und stärker für Innovationen und die Entwicklung und Erprobung von klimafreundlichen Technologien, z.B. zur CO₂-Vermeidung, -Nutzung, und -Speicherung, oder für die Forschung von emissionsfreiem Fliegen verwendet werden. Die Stromsteuer soll ab 2021 auf das europäische Mindestmaß abgesenkt, soweit die steigenden Einnahmen aus dem Emissionshandel, insbesondere aufgrund der Ausweitung auf die Sektoren Verkehr und Wärme, gegeben sind. Darüber hinaus sollen klima-ineffiziente Maßnahmen aus dem EKF gestrichen werden, wie z.B. Subventionen für den Kauf von Elektroautos oder Nachbarschaftsinitiativen innerhalb der Nationalen Klimaschutzinitiative. Im Hinblick auf die Berichterstattung „Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern“ fordern wir eine Reform im Haushaltsplan, an deren Ende das BMZ alle EZ-Sektoren und Programme verantwortlich führt. Neben dem BMZ und BMU sind 13 weitere Ressorts an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligt. Dabei enthält jedes Ressort eigene Programme, die teilweise überlappend miteinander agieren (Aus Sicht des BMU bspw. Kapitel 1601 - Umweltschutz, Titel 532 05 - Internationale Zusammenarbeit: „Allgemeine Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern“; Kapitel 1602 - Klimaschutz, Titel 896 05 - Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland). Hier wäre es sinnvoll die entsprechenden Haushaltstitel ins BMZ umzuschichten, um ein kohärentes EZ-Programm zu entwickeln und auf diese Weise Synergiepotentiale zu nutzen. Die Grund- und Projektfinanzierung von Umweltorganisationen wie beispielsweise der Deutschen Umwelthilfe

(DUH) wollen wir kritisch überprüfen. Wo möglich wollen wir durch digitalisierbare Antragsverfahren weitere Einsparpotentiale für den Staat und die Bürger hinweisen.

Ansprechpartner:
Christian Dürr MdB, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten,
Telefon: 030 227 - 77260 - E-Mail: christian.duerr@bundestag.de